



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 15.05.2024, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Kurzbericht 2. Preisgericht W&W
(mündlicher Bericht)

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung informiert er über die Haltung des Regierungspräsidiums zum Widerspruch gegen die Rückdelegation der Flüchtlingssozialarbeit zum Landratsamt. Die Stadt habe rechtskonform gehandelt, so die Prüfung des Regierungspräsidiums. Nachdem es keine Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt, ruft OBM Dr. Knecht Tagesordnungspunkt 1 auf.

OBM **Dr. Knecht** informiert über das Preisgericht und die gute Zusammenarbeit. Er spricht von einem besonderen Moment für Ludwigsburg und dankt allen Beteiligten. Heute erfolge die Information zum Ergebnis. Man werde in einen Aufstellungsbeschluss und in das Bebauungsplanverfahren einsteigen. Der Siegerentwurf spiegle Wohnen und Gewerbe angemessen wider. Die Realisierung, Andienung und Umsetzung von Gewerbe sei gut organisiert.

BMin **Schwarz** informiert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, über die Entscheidung des Preisgerichts zur Umgestaltung des ehemaligen Wüstenrot-Areals. Die Bürgerschaft habe den Wettbewerb und das Ergebnis wertgeschätzt und detailreiche Anmerkungen eingebracht. Sie geht auf die drei Entwürfe, insbesondere den Siegerentwurf, ein. Unter anderem sei die öffentliche Zugänglichkeit der Dachterrassen gegenüber dem ersten Entwurf entnommen. Die Tiefgarage unter den Gebäuden, mit Zufahrt über die Wüstenrotstraße, ermögliche eine Bepflanzung der Höfe mit hoher Aufenthaltsqualität. Wohnen sei vor allem in den beiden Türmen untergebracht. Dazwischen vornehmlich gewerbliche Nutzungen mit Wohnen in den Obergeschossen. Inwiefern die Wohnungen den Markt treffen, müsse noch geklärt werden.

OBM **Dr. Knecht** schließt diesen Tagesordnungspunkt.

Beratungsverlauf:

Die **Gleichstellungsbeauftragte** geht auf die Mitteilungsvorlage ein und berichtet anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Aussprache. Er dankt für die Arbeit. Die verantwortungsbewusste Rolle spiele in die Stadtgesellschaft hinein.

Stadträtin **Wiedmann** dankt für den Bericht und lobt die gute Arbeit, wie auch die Einbeziehung des Stadtentwicklungskonzeptes. Das Thema Gleichstellung spiele in allen Bereichen der Stadt eine Rolle. Es gehe nicht nur um Frauen, sondern um alle Menschengruppen und Geschlechter.

Stadträtin **Dr. Traub** sieht in der Arbeit einen großen Gewinn für die Stadt. Innerhalb kurzer Zeit seien viele Projekte angestoßen und begleitet worden, wie auch unbeliebte Themen in den Vordergrund gerückt. Es werde eine beeindruckende Netzwerkarbeit geleistet. Sie fragt nach einem Vergleich zu anderen europäischen Ländern hinsichtlich der Berufe. Zum Boys Day und zum offenen feministischen Treff wünscht sie Angaben zur Teilnehmerzahl. Sie fordert zusätzliche konkrete Maßnahmen zur Gleichstellung der Männer ein. Die Lebenserwartung, Suizidquote und Berufsunfähigkeit sei bei Männern höher als bei Frauen. Beispielsweise nennt sie Maßnahmen zur Verbesserung der Vorsorgeuntersuchungen und gezielte Bewegungsangebote für Männer.

Stadträtin **Moersch** lobt die beeindruckende, vernetzte, engagierte, großartige Arbeit. Sie rügt die Ungleichbezahlung der Frauen gegenüber Männern für dieselbe Arbeit und die fehlende Anerkennung der Care-Arbeit, vor allem hinsichtlich der Renten. Ludwigsburg habe bereits viel getan und tue dies weiterhin.

Frauen übernehmen gegenüber Männern noch immer mehr Care-Arbeit und sind in deutschen Vorständen und Parlamenten unterrepräsentiert, merkt Stadträtin **Metzger** an. Man müsse bereits bei der Berufswahl und geschlechtsunabhängiger Berufsorientierung ansetzen. Die persönliche Begabung und Interessen müssen im Vordergrund stehen, ohne Geschlechterklischees. Jedes Unternehmen könne hierzu beitragen. Sie dankt für das Engagement.

Stadträtin **Knecht** hebt die Aktivitäten, gute Netzwerkarbeit und Eventveranstaltungen hervor. Sie fragt, ob eine Kooperation mit den Ludwigsburger Schulen bestehe.

Stadträtin **Schmidt** lobt ebenso das breite Themenspektrum und dankt für das persönliche Engagement. Die Arbeit trage zu einer gerechteren Gesellschaft bei.

Stadträtin **Kainz** spricht ebenso ihren Dank aus. Sie fragt nach den Ergebnissen der Arbeitskreise, Kampagnen und Fachkonferenzen. Weiter geht sie auf die Berufsorientierung ein und fragt nach den Ansatzpunkten bei den Schulen und rät den Jugendgemeinderat einzubeziehen. Die Teilzeitquote in der Pflege solle möglichst

gesenkt werden. Sie spricht das Rollenbild der Frauen in arabischen Ländern an und will wissen, wie hinsichtlich der Zuwanderung hiermit umgegangen werde und niederschwellig unser Rollenbild transportiert werden könne.

Stadtrat **Dogan** dankt ebenso. Es sollte auch die Arbeit der Vielfältigkeit in der Gesellschaft widergespiegelt werden.

Stadtrat **Weiss** geht auf die strukturierte Bedarfserhebung ein und fragt, ob der Zuschuss durch die evangelische Hochschule an einen befristeten Vertrag gebunden sei.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** geht auf das Handlungsfeld 6 ein und fragt, ob mit dem Stadtsenioren/-innen-Rat eine Kooperation bestehe.

Die **Gleichstellungsbeauftragte** geht auf die offenen Fragen ein. Die Teilnehmerzahl zum Girls-/ Boys-Day werde nachgereicht. Die Angebote werden unterschiedlich angenommen. Der offene feministische Treff werde mit 5 bis 10 Personen eher wenig frequentiert, jedoch kommen häufig neue Teilnehmende. Hinsichtlich der Angebote für Männer stehe man in Kooperation mit der katholischen Erwachsenenbildung, wie auch mit einer privaten Sprachschule. Die Diözese habe über das Männerbild mit neu in Deutschland lebenden Männern geredet. Zur mentalen Gesundheit versuche man spezifische, gebündelte Angebote für Männer zu machen, hier stehe man noch in der Auswertung. Zur Berufswahl an den Schulen stehe man mit dem Fachbereich Bildung und Familie im Gespräch. Die Schulen seien bereits zum Thema Berufsorientierung gut informiert. Hier versuche man eine klischeefreie Bündelung zu erreichen. Zwischen Kindergarten und Grundschule gebe es eine Lücke, diese werde teilweise durch die Schulkindbetreuung gedeckt. Für diese Altersklasse gebe es noch keine konkreten Projekte. Das Thema Vielfalt werde gemeinsam mit der Stabstelle Integration und Inklusion verankert. Bisher sei der Stadtsenioren/-innen-Rat noch kein Kooperationspartner. Weiter geht sie auf das Förderprojekt des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung ein. Der Antrag als Praxispartner sei gestellt. Die Stelle sei an eine Förderzusage gekoppelt.

OBM **Dr. Knecht** dankt und schließt diesen Tagesordnungspunkt.

Beschluss:

Der Gemeinderat Ludwigsburg stimmt dem Beitritt zum Bündnis für Demokratie und Menschenrechte im Landkreis Ludwigsburg zu.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Haag
Stadtrat Heer
Stadtrat Lutz
Stadträtin Molkenthin-Keßler
Stadtrat Remmele

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** führt in das Thema ein. Ludwigsburg habe unter anderem mit zwei großen Demonstrationen klare Zeichen für Vielfalt, Demokratie und Rechtsstaat gesetzt. Er geht auf die aktuellen Angriffe gegen Politiker ein. Extremismus jeder Art habe keinen Platz in der Demokratie. OBM Dr. Knecht liest die Änderungen in der überarbeiteten Anlage zur Vorlage Nr. 126/24 vor. Er dankt allen Beteiligten. Die Erklärung sei bereits von den Gemeinden Erligheim, Sersheim, Schwieberdingen, Löchgau, Möglingen, Schwieberdingen und den Städten Ditzingen, Vaihingen-Enz unterzeichnet worden. Weitere werden mit Sicherheit folgen, sagt OBM Dr. Knecht. Anschließend eröffnet er die Aussprache.

Nachfolgend der Redebeitrag von Stadträtin **Shoaleh**:

„Lieber Herr Oberbürgermeister Dr. Knecht, liebe Anwesenden. Wir begrüßen ausdrücklich die Initiative des Bündnisses für Demokratie und Menschenrechte im Kreis Ludwigsburg sowie der Stellungnahme der Stadt Ludwigsburg, sich diesem Bündnis anzuschließen. Das sehen wir als ein klares Zeichen dafür aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft teilzuhaben und dazu beizutragen, eine Welt zu schaffen, in der Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechte geachtet und geschützt werden. Es ist von großer Bedeutung, dass vielfältige Akteure gemeinsam für die Grundwerte der Demokratie und Menschenrechte eintreten und sich gegen Extremismus und Diskriminierung, Hass und Hetze und für Menschenwürde, Rechts- und Sozialstaatsprinzip positionieren. Unsere Rechtsordnung – Verfassung, Gesetze und Justiz – können uns die Demokratie nicht garantieren, wenn wir als Bürgerinnen und Bürger nicht mit großer Mehrheit in Wahlen und in der Zivilgesellschaft für Demokratie und Menschenrechte eintreten. Es ist wichtig, dass auch wir als Gemeinderat aktiv eine Politik gestalten, die auf den Bedürfnissen und Anliegen der Menschen basiert und konstruktive Lösungen erarbeiten, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Das sehen wir mehr denn je als unsere Pflicht als

gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Stadtgesellschaft. Es ist aber wichtig zu betonen, dass nicht alle konservativen Ansichten mit antidemokratischen Haltungen gleichzusetzen sind. Es ist jedoch entscheidend, eine klare Trennlinie zu ziehen zwischen einem gesunden Stolz auf die eigene Identität und dem bloßen Ablehnen von allem Fremden oder Andersartigen. Professur Julian Nida-Rümelin hat vor zwei Wochen bei der Stadtgründungsfeier eindrücklich betont: Demokratie ist nicht Diktatur der Mehrheit, sondern der Respekt vor dem Anderen, ja auch das Aushalten des Anderen. Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Wir als Grüne Fraktion setzen uns dafür ein, dass Vielfalt als Bereicherung betrachtet wird und dass wir gemeinsam an einer inklusiven Gesellschaft arbeiten, dass jede Stimme zählt und jeder Mensch unabhängig von Herkunft, Religion oder sexueller Identität respektiert wird. Wir möchten dazu beitragen, dass Dialog und Verständigung gefördert werden und dass wir gemeinsam für eine gerechte und nachhaltige Zukunft eintreten. Demokratie ist der Atem der Freiheit! Sie ist nicht vom Gott gegeben und sie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss geschützt werden und sie erinnert daran, dass wir trotz unserer Unterschiede eine Menschlichkeit teilen. Liebe Anwesenden, es gibt kaum ein Thema, bei dem ich so sicher sagen kann: ich weiß, wovon ich spreche! Nur eines: Bitte glauben Sie mir: Es ist ein verdammt hohes Gut in einer Demokratie zu leben und leben zu dürfen. Lassen sie uns zusammenhalten, um sie gemeinsam und mit aller Kraft zu bewahren. Vielen Dank!"

Stadträtin **Dr. Klünder** geht mit dem Verwaltungsvorschlag mit. Sie dankt der Vorrednerin für ihren Wortbeitrag. Die Grundrechte der freien Demokratie müssen gestärkt werden. Mit dieser Erklärung rufe man die Grundfeste der Demokratie in Erinnerung, die Notwendigkeit hierfür sei jedoch schmerzlich. Die liberale Demokratie sei leider keine Selbstverständlichkeit und kein Selbstläufer.

Stadtrat **Weiss** schließt sich den Ausführungen von Stadträtin Shoaleh vollumfänglich an. Man solle das Grundgesetz leben mit Anstand, gegenseitigem Respekt und Rücksicht.

Die Notwendigkeit des Bündnisses schockiere, sei jedoch wichtiger denn je, so Stadtrat **Maier**. Das Bündnis sei ein breiter und überparteilicher Zusammenschluss aus Organisationen, Kirchen, Verbänden, Städten, Gemeinden, staatlichen Institutionen, Vereinen und Parteien, lobt er. Er sieht ein Problem mit Rechtsextremismus, in der Stadtgesellschaft gebe es Ausländerfeindlichkeit. Dem Verwaltungsvorschlag werde vollumfänglich gefolgt.

Stadträtin **Knecht** begrüßt die eingearbeiteten Änderungen. Es gehe um jede Art von Extremismus, auch Linksextremismus und religiöser Extremismus. Ihre Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Nachfolgend der Redebeitrag von Stadträtin **Schmidt**.

„Das Bündnis ist eine gute Sache und natürlich stimmen wir dem Beitritt zu. Leider wurde diese Erklärung heute Total verwässert. Warum scheut man sich plötzlich Rechtsextremismus als Rechtsextremismus zu bezeichnen? Warum verwässert man diesen Begriff und spricht unbestimmt von Extremismus allgemein? Natürlich gibt es

auch eine Gefährdung der Demokratie durch andere Gruppierungen. Aber die größte Gefahr für unsere Gesellschaft kommt von rechts und das muss auch genauso benannt werden.

Correctiv hat aufgedeckt, was Nazikreise planen. Um zu verhindern, was sie vorhaben, müssen wir sie beim Namen nennen! Rechtsradikale planen die Deportation von Millionen Menschen. Rechtsradikale haben eine Partei, die immer mehr an Macht gewinnt und eine reale Gefahr darstellt an den Stellschrauben unserer Gesellschaft zu drehen. Rechtsradikale wie die Reichsbürger planen immer wieder Putschversuche. Rechtsradikale habe eine konkret an sie gerichtete Erklärung gegen ihre menschenverachtenden Pläne verdient! Nazis als größte Gefahr unserer Demokratie zu sehen ist wahrscheinlich der wichtigste Schritt der Gegenwehr. Keine Verharmlosung von faschistischen Umtrieben mehr. Kein „das gehört zur Demokratie dazu“. Kein, „Nazis sind nur einige unter vielen Gefahren“. Faschismus ist keine Meinung! Sondern ein Verbrechen. Und eine demokratische Gesellschaft muss sich gegen dieses Verbrechen wehren. Mit dieser klaren Haltung müssen alle demokratischen Kräfte gemeinsam gegen Rechts eintreten. Dann haben wir eine reale Chance den Kampf, um unsere Demokratie zu gewinnen. Und das müssen wir. Nicht nur um scheinbar selbstlos, die offensichtlichen Opfer der Rechten zu schützen. Wie unsere Mitbürger mit Migrationshintergrund, die queere Community, behinderte Menschen, Obdachlose und Linke. Wir sollten es auch um unserer selbst tun. Denn Nazis bedrohen uns alle. Jeder von uns hier, der kommunalpolitisch oder anderweitig politisch tätig ist hat nicht weniger zu verlieren als die Möglichkeit auf freie Meinungsäußerung und Sicherheit. Für uns Frauen steht alles auf dem Spiel, was wir in jahrzehntelangen Emanzipationskämpfen erreicht haben. Die Arbeiter*innen würden mit großer Sicherheit ihre betriebliche Mitbestimmungsmöglichkeiten, Betriebsräte und Gewerkschaften (die natürlichen Feinde Nazis) verlieren. Wir verteidigen hier nicht nur andere. Wir verteidigen jede Einzelne von uns, die Interesse daran hat, in einer freien Welt zu Leben.“

Stadträtin **Kainz** schließt sich dem Redebeitrag von Stadträtin Shoaleh an und stimmt dem Verwaltungsvorschlag zu. Sie sieht eine Gefahr für die Demokratie.

Auch Stadtrat **Dogan** begrüßt den Redebeitrag von Stadträtin Shoaleh. Es müssen immer wieder Gespräche zu den Extremisten gesucht werden, rät er. Ihn stimme nachdenklich, weshalb es überhaupt so weit kommen konnte.

Nach dieser Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage, mit Bezug auf die überarbeitete Anlage, abstimmen.

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** und BMin **Schwarz** gehen anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Mitteilungsvorlage ein. OBM Dr. Knecht dankt allen Beteiligten.

Für ein klimaneutrales Ludwigsburg habe man, zusammen mit den Stadtwerken, Strategie- und Rahmenbedingungen entwickelt, führt OBM **Dr. Knecht** aus. Die Verwaltung allein könne das Ziel der Klimaneutralität nicht erreichen, da man vor vielen weiteren Herausforderungen stehe. Man brauche die Wirtschaft und die Gesellschaft dazu, wie auch Fördermittel von EU, Bund und Land. Das Ziel 2035 klimaneutral zu sein, sei sehr herausfordernd und werde sich vermutlich um ein paar Jahre verzögern.

Man sei auf dem richtigen Weg, sagt BMin **Schwarz**. Die Klimaschutzbemühungen zeigen bereits Wirkung. Ludwigsburg sei eine Vorreiterkommune. Mit Blick auf 2035 äußert sie ebenfalls Zweifel. Viele Projekte zum Klimaschutz seien bereits angelaufen.

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Aussprache.

Nachfolgend der Wortbeitrag von Stadtrat **Sorg**:

„In Ludwigsburg können auch Haushalte mit schmalem Geldbeutel beim Klimaschutz mitmachen. Eine von vielen notwendigen Maßnahmen im vorliegenden Bericht richtet sich an LudwigsburgCard-Besitzende. Diese können mit Förderung durch den KlimaBonus ein Steckersolargerät erhalten. Das zeigt, dass es die richtigen Rahmenbedingungen braucht: So schaffen wir Klimaschutz mit und für alle! Damit wir alle gut leben können. Unsere Aufgabe als Politikerinnen und Politiker ist es diese Rahmenbedingungen für die Zukunft zu gestalten. Da ist es auch gut, dass das baden-württembergische Umweltministerium die Stadt Ludwigsburg ausgezeichnet hat. Wir Grüne sind sehr froh, dass wir die Stadt mit unserem Antrag auf diesen Wettbewerb gelupft hat. Die 2 Millionen Euro, die wir nun vom Land erhalten, ist eine wichtige Förderung für unseren kommunalen Klimaschutz. Hier gilt es die Mittel zielführend, also CO₂-reduzierend einzusetzen!

Liebes Team Klima und Energie: Herzlichen Glückwunsch zu dem gelungenen Dashboard. Das zeigt eindrücklich, wie Digitalisierung in der Verwaltung erste Früchte trägt. Es lohnt sich einen scharfen Blick ins Tool zu werfen und auch zu fragen, welches denn die effektiven Maßnahmen sind. Da ist es ärgerlich, dass die Quartierskonzepte zurückgestellt wurden. Denn diese haben ein recht hohes CO₂ Minderungspotenzial. Leider sehr weit hinten im Dashboard verstecken sich auch die Maßnahmen zur unabhängigen und nachhaltigen Energieversorgung. Hier stecken die hohen CO₂ Minderungspotenziale, die wir mit Engagement angehen müssen. Zugegebenermaßen sind hier auch die teuren Maßnahmen adressiert. Für deren Umsetzung zeichnen in erster Linie die SWLB verantwortlich. Doch auch hier gibt es Förderungen aus Robert Habecks Wirtschaftsministerium. Machbarkeitsstudien und Transformationspläne werden mit bis zu 50 Prozent gefördert. Mir ist auch aufgefallen, dass es viele „fortlaufende“ Maßnahmen gibt. Das macht es schwierig Erfolge zu messen. Ein Beispiel. „Einführung eines CO₂-Schattenpreises und Einzahlungen in den Klimafonds“. Das ist eine Maßnahme, die muss man halt einmal machen und dann ist es eingeführt. Da ist dann nix mit fortlaufend. Eines zeigt die

Treibhausgasbilanz der Stadt deutlich: es kommt auf den Wärmebereich an. Hier entsteht etwa die Hälfte der THG-Emissionen. Auch Strom muss dringend auf erneuerbar umgestellt werden, was ein weiteres Drittel ausmacht. Bleibt die Mobilität mit 1/5 immerhin noch ein ordentlicher, klimaschädlicher Batzen. Das, was wir bereits mit Erfolg in der kommunalen Wärmeplanung angegangen sind, braucht es auch für die Mobilität. Denn deutschlandweit steigen die mobilitätsbedingten Treibhausgasemissionen. Wir brauchen also eine kommunale Mobilitätsplanung, die auf das Klimaneutralitätsziel 2035 einzahlt. Insgesamt sinken die Treibhausgasemissionen. Das macht Hoffnung. Weiter so! Wir spüren jedoch die Klimakrise hautnah. Am Montag brach ein Jahrtausend-Unwetter in Gemmingen im Kreis Heilbronn über die Menschen herein. Die Jahrtausende werden dabei immer kürzer. Wir dürfen also mit unseren Anstrengungen nicht nachlassen. Eine Herausforderung bleibt mit Sicherheit die Finanzierung der kommunalen Klimawende. Es hilft jedoch auch wenig Herr Dr. Knecht, wenn Sie gegriffene Milliardenbeträge wie eine Monstranz vor sich hertragen. Wir brauchen hier im Gemeinderat transparente Entscheidungsgrundlagen für ambitionierten Klimaschutz. Keine diffusen - für manche hier angstmachende - Schätzungen. Viele Klimaschutzmaßnahmen kosten Geld - einige sparen Geld, wie der Photovoltaik-Ausbau. Klimaschutz zu vernachlässigen oder auf dem Altar der Konsolidierung zu opfern, kostet am meisten. Hitzewellen, Überflutungen und weitere Klima-Katastrophen werden uns teuer zu stehen kommen: Da bin ich gespannt, wer sich dann hier traut zu fragen: „Und wer zahlt’s??“ Klimaschutz ist scheinbar aus dem Blick geraten. Aber eine eskalierende Klimakrise wird die Probleme, die wir derzeit diskutieren, verstärken. Daher müssen wir jetzt entschieden und mutig handeln. Wer wenn nicht wir in der Kommune, hätte dazu die Möglichkeiten.“

Laut Stadtrat **Herrmann** habe Ludwigsburg bereits viel zum Thema Klimaschutz gemacht, auch schon vor der Beschlussfassung 2022 zur Klimaneutralität. Man sei auf dem richtigen Weg. Hätten andere Kommunen ebenso frühzeitig gehandelt, stünde man heute besser da. Die vorgestellten Maßnahmen seien gut und richtig. Er geht auf die Unterstützungsoffensive für Balkonsolarmodule ein und fragt, welche Fördersumme vom Bund bisher abgeflossen sei. Wichtig sei zudem Solaranlagen auf öffentlichen und privaten Dächern auszubauen. Er wünscht eine Wirtschaftlichkeitsberechnung für öffentliche Flächen hierzu. Er merkt an, dass im Dezember 2022 ein Handlungsrahmen beschlossen worden sei und für die einzelnen Punkte Beschlüsse gefasst werden müssen. Man solle unter dem Vorwand der Klimaneutralität keine ideologischen Ideen durchsetzen. Verkehr- und Mobilitätsalternativen sollen eingebracht und verstärkt angeboten werden, jedoch dürfe dies den motorisierten Individualverkehr nicht ausspielen. Die Ausweitung einer Parkraumbewirtschaftung allein, trage nicht zum Klimaschutz bei, sondern belaste die Autobesitzer zusätzlich. Mehr Ladesäulen werden befürwortet, hierdurch erreiche man mehr klimafreundliche Fahrzeuge und reduziere den Emissionsausstoß. Seine Fraktion spreche sich gegen eine weitere Umwandlung von Straßenstellplätzen und verringerte Parkmöglichkeit für Autos sowie ein deutlich reduzierter Stellplatzschlüssel in Gewerbegebieten aus. Die Idee, dass in den Kitas und Schulen zu mindestens 80 Prozent vegetarische Mittagsverpflegung ausgegeben werden soll, werde ebenso nicht unterstützt.

Stadtrat **Weiss** wünscht eine globale Sicht. 2035 sei ein hoch gestecktes Ziel und könne nur unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten zusammen mit den Stadtwerken erreicht werden. Die Maßnahmen müssen ständig durch Beschlüsse evaluiert werden. Die EU, der Bund und das Land seien bei der Finanzierung notwendig und er warnt davor, die finanziellen Möglichkeiten künftiger Haushalte zu überfordern. Die Aufgaben, wie Bildung und Betreuung, bezahlbarer Wohnraum, intelligente Mobilität, Wirtschaftsförderung, sowie Kultur, Sport und Soziales als wichtige Sicherung des sozialen Friedens, müssen weiter erfüllt werden.

Stadtrat **Juranek** sieht viele kleine Erfolge und Ludwigsburg sei vorbildlich. 2022 beinhalte die Einflüsse aus der Coronazeit, deshalb sei die Auswertung für 2024 interessant. Insgesamt sei man mit dem Thema Klimaschutz jedoch viel zu spät dran. Er geht auf den aktuell veröffentlichten, erschreckenden Waldbericht ein. Regelmäßige Evaluationen seien wichtig.

Stadtrat **Eisele** weist auf die begrenzten finanziellen Möglichkeiten der Stadt hin. Er wünscht klare Aussagen zur Finanzierung, insbesondere hinsichtlich der Bundesförderung zur kommunalen Wärmeplanung. Das Ziel 2035 könne nicht eingehalten werden, so seine Prognose. Photovoltaik und Fernwärmeausbau solle vorangetrieben werden. Die Stadt habe zudem weitere Probleme, wie Finanzen, Geflüchtete, Wohnraumangel, zu stemmen.

Die entsprechenden Steuermittel müssen zur Verfügung gestellt werden, fordert Stadtrat **Müller**. Das Geld sei da, jedoch falsch verteilt. Bisher liegen hauptsächlich Planungen und Konzepte vor. Er fragt, ob künftig regelmäßig Statusberichte erfolgen. Er wünscht verbindliche Aussagen der Stadtwerke zur Wärmeplanung. Naturwissenschaftliche Gesetze können nicht überlistet werden. Der Klimawandel werde in unsere Lebensweise einwirken, warnt er. Die Absenkung der Treibhausgase für 2022 sei auch coronabedingt und einer reduzierten Wirtschaftsleistung zuzuschreiben.

Klimaneutralität sei finanziell und personell eine Herkulesaufgabe und ohne verbesserte Rahmenbedingungen von Bund und Land nicht zu bewältigen, merkt Stadträtin **Kainz** an. Man müsse die Bevölkerung, die Wirtschaft und die Politik sowie den neuen Gemeinderat für die notwendigen Verhaltensveränderungen und deren Akzeptanz sowie die Geschwindigkeit der Umsetzungen, mitnehmen. Bisher habe man keine grundstücksgenaue verbindliche Auskunft zur kommunalen Wärmeplanung in Ludwigsburg, bemängelt sie.

Stadtrat **Meyer** geht auf die Übersicht zum Oberbürgermeisterbarometer ein. Er wundert sich, dass das Thema Bildung im Ranking nicht weiter vorne stehe. Das Thema Wirtschaft müsse ebenso mitgedacht werden.

2035 sei ein unrealistisches Ziel und solle so auch kommuniziert werden, führt Stadtrat **Zeltwanger** aus. Dadurch werde man gegenüber der Bevölkerung glaubwürdiger. Das Solarfeld am Wasserturm sei sehr wirtschaftlich und effektiv. Die Flächen an der Autobahn sollten hierfür mitgedacht werden.

Das Neutralitätskonzept müsse bei weiterem Voranschreiten der Klimaerwärmung immer nachgeschärft werden, mahnt Stadtrat **Handel**. Man müsse handeln. Er gehe von der Erreichung des Ziels 2035 aus.

OBM **Dr. Knecht** beantwortet die Fragen des Gremiums. Der Klimawandel sei nicht aus dem Blick geraten. Es seien jedoch viele mannigfaltige und finanzträchtige Herausforderungen, unter anderem Kriegssituationen, Geflüchtete wie auch Bildung, zu bewältigen. Bereits 2022 habe man die realistische Erreichung des Ziels 2035 in Frage gestellt. Man versuche derzeit ein Versäumnis der Menschheit in kurzer Zeit aufzufangen. Weiter geht er auf die Umsetzungsplanung der Stadtwerke ein. Hierzu werde das Gremium informiert, jedoch könne noch keine genaue Zeitangabe gemacht werden. Zur Evaluation Klimabonus werde im Herbst im Bauausschuss berichtet, wie auch zur Wirtschaftlichkeit Photovoltaik. Im Gemeinderat werde künftig eine jährliche Berichterstattung erfolgen. Weiter geht er auf das Oberbürgermeisterbarometer ein und merkt an, dass das Thema Bildung bei ihm sehr weit vorne stehe.

Beschluss:

Der Gemeinderat beauftragt die Stadtverwaltung, ein EU-weites Ausschreibungsverfahren zum Zwecke der Vergabe von Werberechten für Werbung im öffentlichen Raum durchzuführen. Die Stadtverwaltung behält es sich vor und bringt dies in der Ausschreibung zum Ausdruck, dass sie gegebenenfalls weitere, hier nicht benannte Flächen für Werbung oder soziale Appelle sowie Kampagnen für Kultur und Sport zu Verfügung stellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Haag
Stadtrat Heer
Stadträtin Knecht
Stadträtin Dr. Knoß
Stadtrat Lutz
Stadträtin Molkenthin-Keßler
Stadtrat Remmele
Stadträtin Shoaleh

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Bauausschusses vom 02.05.2024.

Nachdem auf einen Sachvortrag und eine Aussprache verzichtet wird, lässt OBM Dr. Knecht über die Vorlage Nr. 091/24 abstimmen.

Geänderter Beschluss:

1. Der vorgestellten Planung für die Weichsel-, Warthe- und Pregelstraße sowie einen Teilabschnitt der Elbe- und Neißestraße (s. Anlage 3 4, 5, 6) wird zugestimmt.
2. Die Gesamtkosten in Höhe von ca. 1.640.000 € werden unter Berücksichtigung der Städtebauförderung und des Anteils der Wohnungsbau Ludwigsburg (WBL) genehmigt.
3. Im Rahmen des Stadterneuerungsverfahrens Grünbühl/Sonnenberg/Karlshöhe wird die Verwaltung ergänzend zum Beschlussvorschlag Nr. 3 der VL288/23 ermächtigt, die Förderung weiterer Teilflächen sowie der Warthestraße und ein Teilstück der Elbestraße im Neubaugebiet Grünbühl.living in den bereits genehmigten Ordnungsmaßnahmenvertrag aufzunehmen. Dafür dürfen insgesamt Städtebaufördermittel in Höhe von bis zu 911.250 € aus dem Bundesländer-Programm Sozialer Zusammenhalt eingesetzt werden, so dass sich die maximale Zuwendung (Gesamtförderrahmen) auf bis zu 1.518.750 € beläuft.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der geänderte Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Haag
Stadtrat Heer
Stadträtin Knecht
Stadträtin Dr. Knoß
Stadtrat Lutz
Stadtrat Maier
Stadträtin Molkenthin-Keßler
Stadtrat Remmele
Stadträtin Shoaleh

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die geänderte Beschlussempfehlung des Mobilitäts- und Umweltausschusses am 30.04.2024 und verliert diesen. Nachdem auf einen Sachvortrag verzichtet wird, eröffnet er die Aussprache.

Wie bereits im Mobilitätsausschuss kritisiere die CDU-Fraktion nach wie vor den hohen Parkdruck. Die illegal genutzten Parkplätze seien erforderlich und die Anwohner müssen zu diesem Mittel greifen, sagt Stadtrat **Klotz**, obwohl aktuell manche Gebäude bereits leer oder mit Geflüchteten belegt seien. Seine Fraktion

werde der Vorlage nicht zustimmen und fordert eine Überarbeitung der Planung. Nach Aufsiedlung werde sich die Situation noch verschärfen. Der Vorlage werde von seiner Fraktion nicht zugestimmt.

Stadträtin **Liepins** habe sich bereits in der Vorberatung enthalten. Ihre Fraktion werde die Vorlage ablehnen oder sich enthalten. Grund dafür sei vor allem der Bereich Pregelstraße mit Schule, Vereinsheim, Sportplatz und Kleingartenanlage als soziales und kulturelles Zentrum. Die Öffnung des Schulhofes als Parkfläche reiche nicht aus und es werde eine andere Lösung gewünscht. Sie stehe zum Konzept der grünen Anger, kritisiert jedoch die Reihenfolge der Straßensanierung. Aktuell sei eine Parkraumerhebung nicht sinnvoll, da bisher nur ein Bauabschnitt fertiggestellt sei. Sie wünsche eine andere Lösung für den südlichen Bereich. Eine Quartiersgarage im nördlichen Teil bringe im Süden Grünbühls keine Verbesserung. Sie fragt, ob die Planungen dem Stadtteilausschuss vorgestellt worden seien.

Stadtrat **Weiss** kann sich heute noch nicht final entscheiden und regt eine erneute Beratungsrunde an.

Die Fraktion um Stadtrat **Handel** verteidigt die Anzahl der Stellplätze erneut und wird der Vorlage zustimmen. Es gehe um die Schaffung eines attraktiven Straßenraumes und nicht um einzelne Parkmöglichkeiten. Das Quartier solle zukunftsgerichtet entwickelt werden.

Stadtrat **Link** geht auf die damalige Forderung eines Stellplatzschlüssels von 1,0 ein. Zudem habe man eine Quartiersgarage zugesagt. Die Finanzmittel seien dafür zurückgestellt worden.

Nachdem es im Mobilitäts- und Umweltausschuss eine klare Mehrheit für die Erschließung gab, zeigt sich BM **Manni** über die heutige Diskussion überrascht. Dort habe man sich intensiv mit diesem Thema beschäftigt. Die Planung greife die Thematik der Stellplätze auf. Die Anforderungen an Stellplätzen in Tiefgaragen und im öffentlichen Raum werden erfüllt. Der nächste Realisierungsschritt im mehrstufigen Planungsverfahren basiere auf dem alten Planungsverfahren und werde konkretisiert. Illegale Parkplätze würden nie bei der Bedarfsplanung miteinberechnet werden, Falschparker könne man jedoch nicht gänzlich vermeiden. Die Anforderung, den Pausenhof außerhalb der Schulzeiten für Parkende zu öffnen, die sich im Stadtteilausschuss ergeben habe, sei eine gute Lösung der Mehrfachnutzung. In Grünbühl gebe es insgesamt einen hohen Parkdruck. Mit einer Parkraumerhebung und späteren Parkraumbewirtschaftung können entsprechende Regelungen getroffen werden. Die Straßen folgen der Infrastrukturmaßnahmen und liegen im normalen Bauablauf. Im nördlichen Bereich müsse das Projekt der WBL abgeschlossen werden. Die Planungen seien im Stadtteilausschuss nicht vorgestellt worden. Als Überlauflösung sei die Quartiersgarage nicht ausgeschlossen. Aus haushalterischen Gründen dürfe hierfür keine Rücklage gebildet werden.

Auch OBM **Dr. Knecht** zeigt sich überrascht über die heutige Diskussion, nachdem

der Mobilitäts- und Umweltausschuss in der Vorberatung mehrheitlich zugestimmt habe. Es steht die Frage im Raum, ob das Thema erneut an den Ausschuss zurückgegeben werde und inwieweit für die Fördermittel eine zeitliche Frist bestünde.

Stadtrat **Herrmann** weist darauf hin, dass die Verwaltung jederzeit ein verbessertes Konzept einbringen könne, auch wenn heute die Vorlage abgelehnt werde. Künftig sollen die Vorlagen mit einem entsprechenden Zeitvorlauf vorgelegt werden, damit verstreichende Fristen für Fördermittel nicht die Entscheidung beeinflussen.

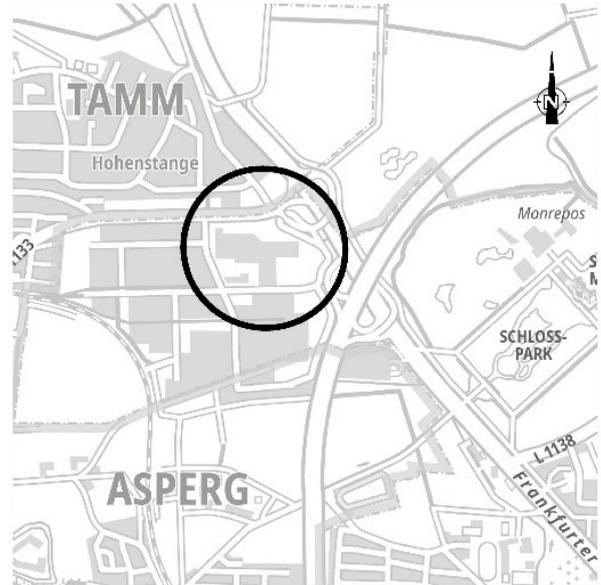
Das Konzept könne nicht geändert werden, sagt BM **Manni**. Man habe die maximale Zahl an Parkplätzen ausgearbeitet. Es gebe zu wenig Verkehrsfläche. Man habe man vor den Gebäuden viele Bereiche, die für die Feuerwehr freigehalten werden müssen.

Die Flächen für Parkierung seien ausreichend, sagt Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**. Man erhalte viel Grün, dies werden die künftigen Bewohner wertschätzen.

OBM **Dr. Knecht** lässt über die geänderte Beschlussempfehlung, wie oben unter Ziffer 1 kursiv und gestrichen eingefügt, abstimmen.

Beschluss:

- I. Die Aufstellung des Bebauungsplanes „Sondergebiet Ludwigsburg Nord“ Nr. 070_12_00 wird beschlossen. Maßgebend für den Geltungsbereich ist der Übersichtsplan des Fachbereichs Stadtplanung und Geoinformation vom 12.04.2024 (Anlage 1).
- II. Ziel der Planung ist es, die zulässigen Verkaufs-, Gastronomie- und Dienstleistungsflächen sowie die Zahl der Stellplätze zu begrenzen und verbindlich festzusetzen. Dabei gilt es, zusätzliche negative Auswirkungen auf die Innenstadt von Ludwigsburg sowie auf die Nachbarkommunen zu vermeiden. Weiteres Ziel der Planung ist es, den Bestand des Breuningerlands Ludwigsburg zu sichern, in dessen Rahmen eine zukunftsfähige Entwicklung möglich ist.
- III. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Haag
Stadtrat Heer
Stadträtin Knecht
Stadträtin Dr. Knoß
Stadtrat Lutz
Stadtrat Maier
Stadträtin Molkenthin-Keßler
Stadtrat Remmele
Stadträtin Shoaleh

TOP 7

Bebauungsplan "Sondergebiet Ludwigsburg
Nord" Nr. 070_12_00 -
Aufstellungsbeschluss und frühzeitige
Beteiligung

Vorl.Nr. 112/24

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Bauausschusses vom 02.05.2024.

Nachdem auf einen Sachvortrag und eine Aussprache seitens des Gremiums verzichtet wird, lässt er über die Vorlage Nr. 112/24 abstimmen.

TOP 8

Benennung eines Platzes im Stadtteil
Eglosheim

Vorl.Nr. 054/24

Beschluss:

Der Vorplatz des Sportzentrums Eglosheim sowie der sich direkt südlich anschließende platzartig ausgebaute Bereich im Kreuzungsbereich Tammer Straße / Hirschbergstraße erhält den folgenden Namenszusatz:

„Tammer Platz“

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Haag
Stadtrat Heer
Stadträtin Knecht
Stadträtin Dr. Knoß
Stadtrat Lutz
Stadtrat Maier
Stadträtin Molkenthin-Keßler
Stadtrat Remmele
Stadträtin Shoaleh

Beratungsverlauf:

Nachdem auf einen Sachvortrag verzichtet wird, verweist OBM **Dr. Knecht** auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Bauausschusses und eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Link** will wissen, ob an der Boule-Bahn zwei Bänke aufgestellt werden.

BM **Mannl** sagt dies zu, sofern der Standort geeignet sei.

OBM **Dr. Knecht** stellt die Vorlage Nr. 054/24 zur Abstimmung.

Beschluss:

Die überplanmäßigen Ausgaben des Fachbereichs Hochbau und Gebäudewirtschaft für das Jahr 2023 in Höhe von rd. 3,4 Mio. Euro werden genehmigt.
Die überplanmäßigen Ausgaben von 1 Mio. Euro, für „Strategische Gebäudesanierungen“, im Haushaltsplan 2023 investiv veranschlagt, haushaltsrechtlich konsumtiv verbucht, werden genehmigt.

Die Deckung erfolgt aus überplanmäßigen Zuweisungen des TH 90 Allgemeine Finanzwirtschaft und Mehreinnahmen an Gebühren des TH 57 Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 29 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Haag
Stadtrat Heer
Stadträtin Knecht
Stadträtin Dr. Knoß
Stadtrat Lutz
Stadtrat Maier
Stadträtin Molkenthin-Keßler
Stadtrat Müller
Stadtrat Remmele
Stadträtin Shoaleh

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Beschlussempfehlung des Bauausschusses vom 02.05.2024.

Nachdem auf einen Sachvortrag und eine Aussprache seitens des Gremiums verzichtet wird, lässt er über die Vorlage Nr. 121/24 abstimmen.

Beschluss:

Um einen erweiterten Quereinstieg für neue Mitarbeitende zu ermöglichen, kann die Stadtverwaltung von einer außertariflichen Erweiterung der Entgeltordnung zum TVöD Gebrauch machen: Mit sofortiger Wirkung können in die Entgeltgruppen 4 bis 9a „Sonstige Beschäftigte“ analog der Entgeltgruppen 9b bis 12 eingestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 30 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Dengel
Stadtrat Haag
Stadtrat Heer
Stadtrat Herrmann
Stadträtin Knecht
Stadträtin Dr. Knoß
Stadtrat Lutz
Stadtrat Maier
Stadträtin Molkenthin-Keßler
Stadtrat Remmele
Stadträtin Shoaleh

Beratungsverlauf:

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Organisation und Personal geht auf die Vorlage ein. Insbesondere erläutert er die Begriffe außer- und übertarifliche Regelungen.

Nachdem seitens des Gremiums auf eine Aussprache verzichtet wird, lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage Nr. 107/24 abstimmen.

OBM **Dr. Knecht** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.